

II- 9055 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 4468 ¹³

1993 -03- 12

Anfrage

der Abgeordneten Dr. Keimel,
Dr. Lukesch und Kollegen

Dr. Khol, Dr. Lackner, Dr. Lanner,

an das Bundesministerium für öffentliche Wirtschaft und Verkehr
betreffend Transitabkommen

Der Abgeordnete zum Nationalrat Dr. Lothar Müller, wird in einem Artikel des Kurier vom 8. März 1993 zitiert, indem er meint, daß einige EG-Staaten (Italien und Deutschland) anlässlich der letzten Sitzung des Transitausschusses in Brüssel, am 5. März 1993, zum Ausdruck gebracht haben, daß sie den bestehenden Transitvertrag aushöhlen wollen. Der SP-Mandatar vermutet, daß die EG im Zuge der Beitrittsverhandlungen mit Österreich, ein Weichmachen des Vertrages fordern werde.

Die unterfertigten Abgeordneten sind der Meinung, daß auch im Zuge der Beitrittsverhandlungen zu den Europäischen Gemeinschaften, keinerlei Änderungen beim Transitvertrag vorgenommen werden dürfen, da eine weitere Belastung der Tiroler Bevölkerung unter keinen Umständen zumutbar ist. Auch für das Land Tirol ist der Transitvertrag nicht verhandelbar.

Die unterfertigten Abgeordneten richten daher an den Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr folgende

A n f r a g e

1. Ist Ihnen bekannt, daß von seiten einiger EG-Staaten eine Aushöhlung des bestehenden Transitvertrages mit Österreich betrieben wird?
2. Wenn ja zu Frage 1, welche Staaten sind das?
3. Wenn ja zu Frage 1, welche sind die konkreten Änderungswünsche, die von den betreffenden EG-Staaten urgiert werden?
4. Steht für Sie im Zuge der EG-Beitrittsverhandlungen der Transitvertrag zur Disposition?

5. Wenn ja zu Frage 4, in welchen Punkten streben Sie eine Änderung des Transitvertrages an?
6. Werden Sie mit aller Vehemenz die Position des Landes Tirol bei den laufenden EG-Verhandlungen vertreten?
7. Haben Sie die Verkehrsminister der EG-Mitgliedstaaten eindeutig darüber informiert, daß der Transitvertrag für Österreich kein Verhandlungsgegenstand ist?
8. Wenn ja zu Frage 7, wann haben Sie welchen Minister der EG-Mitgliedstaaten darüber informiert?